67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 5,00 M., Reklameteil 20.– M. Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 317.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36,– Mk., monatlich 12,– Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Sonntag, 10. Juli 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Rhein—Main—Donau.

Das große Kanalprojekt — seine wirtschaftliche und politische Bedeutung.

Die Tagung des Main-Donau-Stromverbandes in München, bei der auch Reichsverkehrsminister Gröner anwesend war, hat wieder einmal das allgemeine Interesse auf dieses Problem gelenkt, das nunmehr vor der Entscheidung steht.
D. Red.

Aus München wird uns von unserm dortigen Korrespondenten geschrieben:

Nördlich von Treuchtlingen wurde im Jahre 793 auf Geheiß Karls des Großen ein Graben ausgehoben, der die Donau mit dem Main verbinden sollte. Die Spuren dieses Unternehmens, das natürlich an den Unvollkommenheiten der Technik seiner Zeit scheitern mußte, sind noch heute zu sehen. Und dann finden sich Schriften aus allen Jahrhunderten über dieses Thema, dessen Bedeutung nicht so leicht überschätzt werden kann. Im Jahre 1846 wurde der Ludwigs—Donau—Main-Kanal eröffnet. Er ist nur für Schiffe von 120 Tonnen befahrbar. So mußte er nach einem raschen Aufschwung in kurzer Zeit dem Wettbewerb der Eisenbahnen unterliegen. Nun geht man daran, eine Wasserstraße zu bauen, die Schiffe von der zehnfachen Tragfähigkeit, also 1200-Tonnenfahrzeuge, von der Donau in den Rhein zu bringen vermag. Die Auffassung, daß die Erbauung eines solchen Kanals für Süddeutschland eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei, gewann mit diesem Plan an Möglichkeit der Verwirklichung, da man damit auch einer positiven Lösung der Rentabilitätsfrage näher kam.

Die Rentabilität basiert auf der Anziehungskraft des neuen Verkehrsweges gegenüber den bisherigen Verkehrsmitteln, den Eisenbahnen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß Wasserstraßen vor allem für die Bewältigung des Massenverkehrs, möglichst ohne Umladung, bestimmt sind. Weil nun Massengüter jeweils den billigsten Weg wählen, kommt es letzten Endes auf die Höhe der Frachten an. Untersuchungen über Rentabilität müssen also von der Frachtvergleichung ausgehen. Das Gebiet, für das die Wasserstraße billigere Frachten gewähren kann, als die Eisenbahn, stellt ihr Einflußgebiet dar. Die Prüfung kann natürlich nicht von unseren gegenwärtigen Frachtsätzen ausgehen, die alle paar Monate einer neuen Veränderung und Erhöhung unterworfen sind. So griff man denn bei den Kalkulationen auf die Jahre 1912 resp. 1913 zurück, in der begründeten Annahme, daß sich die Verhältnisziffern der Frachtsätze von Eisenbahn und Wasserstraße bis zum Jahre 1930 wieder normal gestalten werden. Vor 1930 kann mit der Eröffnung des Kanals nicht gerechnet werden.

Ein Moment ist für die billige Gestaltung der Wasserstraßentarife besonders wesentlich: die Verzinsung des Anlagekapitals und die Betriebskosten dürfen nicht der Schiffahrt zur Last fallen. Die Lösung dieser Frage ist beim Main—Donau-Projekt damit gegeben, daß die Wasserstraße zugleich zur Kraftgewinnung großzügig ausgenützt werden soll. Die gesamte Verzinsung und die Betriebskosten, soweit sie nicht durch Schleusengelder usw. gedeckt werden, wird also von der Energiegewinnung vollständig getragen. Sorgfältigste Prüfungen der angestellten Berechnungen haben nach dem übereinstimmenden Urteil aller Fachleute ergeben, daß bei solcher Verquickung des Wasserweges mit der Energiegewinnung die Wasserstraße wirtschaftlich vollkommen sicher auf sich selbst ruht und sogar noch über den Zinsendienst hinaus Gewinne abwirft. Diese Ausnützung zur Kraftgewinnung mußte natürlich auch bei der Entscheidung über die Linienführung vornehmlich beachtet werden. Andere Momente spielen diesem gegenüber eine verhältnismäßig geringere Rolle. So hat z. B. die längste Linienführung natürlich auch das größte Einflußgebiet, bringt aber wieder Frachtverteuerung für die Durchgangsgüter und ähnliche Probleme. Die endgültige Entscheidung ist noch nicht gefällt, man erwartet sie jedoch mit Bestimmtheit in kürzester Frist und in eingeweihten Kreisen hat man keinen Zweifel mehr daran, daß das Beilngrieser Projekt zur Ausführung angenommen wird.

Die sogenannte „Beilngrieser Linie" wird schon in dem verdienstlichen Wasserstraßenjahrbuch 1921 (Richard Pflaum Verlag, München) unter allen in Betracht kommenden Wahllinien als technisch und wirtschaftlich überlegen bezeichnet. Von Aschaffenburg, dem jetzigen Endpunkt der Mainkanalisierung aus, benützt die Großschiffahrtsstraße bis Wernfeld das Mainbett, das durchkanalisiert wird. Das Maindreieck zwischen Gmünden und Schweinfurt wird durch eine Kanalstrecke dem Werntal entlang um 75 Kilometer gekürzt, dann geht es im kanalisierten Mainbett weiter bis unterhalb Bamberg. Hier beginnt die eigentliche Kanalstrecke durch das Rednitz- und Regnitztal an Nürnberg vorbei nach Roth. Hierauf wendet sich die Linie nach Südosten zum Altmühltal, bei Beilngries, von wo der Kanal der für den Ludwigskanal bereits kanalisierten Altmühl bis zu ihrer Mündung in die Donau bei Kehlheim folgt. Von dort wird die zum Teil zu kanalisierende zum Teil zu regulierende Donau die Wasserstraße. Die Gesamtlänge beträgt 607 Kilometer mit 49 Schleusen.

Die Energiegewinnung wird durch die Entnahme größerer Wassermengen aus dem Lech erreicht, die dem Kanal an seiner Scheitelhaltung durch einen besonderen Zubringer zugeführt werden. Dem Lech werden dabei von 30—70 Sekundenkubikmeter Wasser entnommen, je nach dem Pegelstand der Donau unterhalb Regensburg, der 2,5 Meter nicht unterschreiten darf.

Verkehrswirtschaftlich betrachtet, wird der Großwasserweg Rhein—Main—Donau nach seiner Fertigstellung das weiteste Einflußgebiet aller Wasserstraßen Europas besitzen. Die Anziehungskraft des Rheins und der Donau wirkt da selbstredend in bedeutendstem Maße mit. Innerhalb der deutschen Grenzen ist das Einflußgebiet am größten im Rheinland und in Bayern. Die Rheinisch-Westfälische Kohle wird künftighin nach fast allen bayerischen Städten zu Wasser billiger befördert werden können als per Bahn. Ist einmal der Main—Weser-kanal fertiggestellt, so reicht das Einflußgebiet für den Transport von bayerischem Holz bis in das Herz Norddeutschlands. In zehn Jahren können Güter vom Rheinland zu Wasser nach Oesterreich, Ungarn Jugoslawien und anderen Balkanländern gebracht werden, erst in Bulgarien wird das Einflußgebiet durch die Seeschiffahrt eingeengt. Es muß dabei vor allem beachtet werden, daß die Länder am Rhein vorwiegend industriellen, die an der Donau land- und forstwirtschaftlichen Charakter tragen. Die Verbindung der beiden Ländergruppen durch die Wasserstraße läßt ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten zu. Der Austausch der Güter wird zur Anspannung der Kräfte beitragen. Im agrarischen Südosten Europas werden landwirtschaftliche Maschinen, moderne Düngemittel usw. Eingang finden. in Ländern wie Jugoslawien, das trotz seines fruchtbaren Bodens infolge der Primitivität der landwirtschaftlichen Hilfsmittel heute nur ein Drittel des Getreides erzielt, als auf dem gleich großen Stück Boden in Deutschland geerntet wird — in solchen Ländern ist ein besonderer Bedarf nach den Erzeugnissen der deutschen Industrie vorhanden. Bei äußerst vorsichtiger Berechnung sind die Verkehrsmengen, die der Schiffahrtsstraße zufallen werden, auf 3,3 Millionen Tonnen jährlich geschätzt worden. Wir glauben, daß diese Mengen erheblich überschritten werden und nehmen an, daß der Verkehr nicht viel unter 5 Millionen Tonnen bleiben wird. Die mögliche Frachtersparnis ist ziemlich erheblich. Die Kohlenfrachten aus dem Rheinland dürften sich für Bayern um 46 pCt. billiger stellen, der Holzverkehr von Bayern nach Nordwestdeutschland um 50 pCt., eine Getreidesendung von Belgrad nach Köln wird 70 pCt. Ersparnis bringen, von Bukarest nach Stuttgart 47 pCt. Die gewaltige wirtschaftliche Bedeutung des Projektes liegt also darin, daß sich die Wirtschaftsgebiete am Rhein, am Main und an der Donau um vieles näher gebracht werden, daß über die deutschen Grenzen hinaus der wirtschaftliche Verkehr mit Südosteuropa eine gewaltige Steigerung erfahren wird.

Der Großschiffahrtsweg wird die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Bayern stärken und damit allen separatistischen Querköpfen das Wasser von der Mühle nehmen: er wird darüber hinaus die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Donaustaaten vermehren und so dem europäischen Frieden dienen; denn die wirtschaftliche Annäherung mit den österreichischen Nachfolgestaaten und den Balkanländern wird auch deren politische Annäherung mit sich bringen. Man wird dort unten noch mehr als bisher deutsche Leistungsfähigkeit und deutsche Wirtschaftskraft zu werten lernen. Man wird aber auch im Westen unsere Bedeutung für das Wirtschaftsleben Europas wieder klarer vor Augen gerückt bekommen. Die politischen Gegensätze, die da und dort zwischen uns und den südosteuropäischen Ländern etwa noch bestehen, werden sich im regen ökonomischen Verkehr abschleifen, die Großwasserstraße wird auch in dieser Richtung ein vermittelndes, verbindendes Glied sein. Ihre Entwicklung wird jedem, der richtig erkennt, welche Bedeutung in den nächsten Jahrzehnten der Wirtschaft zukommt, zwingend nachweisen, daß die Zusammenarbeit aller europäischen Völker notwendig ist, wenn wir uns aus dem Niedergang infolge des Weltkrieges erholen und künftig in der wirtschaftlichen und kulturellen Aufwärtsbewegung weiterschreiten wollen. Der Großschiffahrtsweg Rhein—Main—Donau kann ein gut Teil dazu beitragen, daß es nicht zum Untergang des Abendlandes kommt, sondern zu neuem Aufstieg, zur Verjüngung des alten Erdteils. Das Projekt ist eine europäische Angelegenheit und sollte von allen so gewertet werden.

A. E. Fischer.

Neuer Freispruch in Leipzig.

Der Prozeß Schack-Kruska.

Nachdem im gestrigen Leipziger Prozeß gegen die Generale von Schack und Kruska die Verteidiger gesprochen, zog sich der Gerichtshof zu halbstündiger Beratung zurück. Sodann verkündete der Präsident 4 Uhr nachmittags das Urteil. Es lautet auf Freisprechung. Die Kosten einschließlich der notwendigen Auslagen der Angeschuldigten werden der Staatskasse auferlegt.

In der

Urteilsbegründung

heißt es: Der Gerichtshof ist der Ueberzeugung, daß die Anschuldigungen, die in der Auslieferungsliste der französischen Regierung gegen die beiden Generale erhoben wurden, nach dem Ergebnis der Verhandlung völlig in sich zusammengebrochen sind. Von vornherein erscheint die Annahme einer dolosen Tötung als ausgeschlossen; lediglich die Möglichkeit einer fahrlässigen Handlungsweise blieb bestehen; aber auch insoweit hat die Verhandlung die völlige Grundlosigkeit der Anschuldigungen ergeben. General von Schack kommt in der kritischen Periode überhaupt nicht oder kaum in Frage, da seine Tätigkeit sich lediglich auf die Herstellung des Lagers erstreckte, und er alles getan hat, was seine Schuldigkeit war. Aber auch gegen General Kruska ist der Beweis irgendeiner Pflichtwidrigkeit nicht erbracht worden. Der Gerichtshof schließt sich völlig dem an, was der Oberreichsanwalt über das Ergebnis der Verhandlung in dieser Richtung ausgeführt hat. Hervorzuheben sei hier, was über die mehrfach erwähnte Aeußerung des Generals Kruska, „er führe den Krieg auf seine Art", festgestellt worden ist. Diese Aeußerung ist absichtlich entstellt worden, und es muß als direkt ausgeschlossen angesehen werden, daß der General sich in dem Sinne geäußert haben könnte, als führe er den Krieg gegen Gefangene mittels einer Epidemie, mit deren Entstehung damals, als die Aeußerung angeblich fiel, überhaupt noch niemand rechnen konnte, sodaß er also nicht daran denken konnte, sich der Läuse der Russen als Kriegsmittel zu bedienen.

Der Gerichtshof kommt zu dem Ergebnis, daß die beiden Herren, die von der französischen Regierung als die schlimmsten Verbrecher der Geschichte, als Barbaren gekennzeichnet worden sind, nur pflichterfüllte, treue deutsche Soldaten waren, die dem Reiche nach besten Kräften gedient haben.

*

Die nächste Verhandlung findet Dienstag, 12. Juli, gegen die Oberleutnants zur See Dittmar und Boldt statt.

(Verhandlungsbericht siehe 1. Beilage.)

Der Abschied der Franzosen.

Leipzig, 9. Juli.

Die französischen Delegierten haben sich gestern nachmittag von dem Senatspräsidenten Dr. Schmidt verabschiedet, indem sie ihm brieflich mitteilten, sie seien von ihrer Regierung abberufen und auch die Zeugen seien von Paris aus durch Vermittlung des französischen Generalkonsuls abberufen. Der Präsident hatte die plötzliche Entfernung der Zugen, auch der bereits vernommenen und im Saale anwesenden, nicht bemerkt.

Belgien tanzt nach Frankreichs Pfeife.

Brüssel, 9. Juli.

(Agence Belge.)

Der französische Botschafter hat an den Minister des Aeußern das Ersuchen gerichtet, nach dem Beispiele Frankreichs davon absehen zu wollen, weiterhin eine Delegation den Prozessen vor dem Reichsgericht in Leipzig beiwohnen zu lassen.

Brüssel, 9. Juli.

Wie „Libre Belgique" mitteilt, hat die belgische Regierung der französischen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß sie die Gerichtsakten, deren Prüfung sie dem Reichsgericht in Leipzig anvertraut habe, zurückziehe. Der Oberste Rat werde die Angelegenheit bei seiner nächsten Zusammenkunft behandeln.

Brüssel, 9. Juli.

Im belgischen Senat protestierte Senator Speyer bei der Budgetberatung gegen die Urteile des Reichsgerichts von Leipzig. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Jaspar wiederholte seine Erklärung, die er in der Kammer abgegeben hat, gab jedoch zu, daß Deutschland in bezug auf die Entwaffnung seine Verpflichtungen erfülle.

Zustimmung der Pariser Presse.

TU **Paris**, 9. Juli.

Der Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Hier findet die Zurückberufung der französischen Kommission aus Leipzig allgemeine Zustimmung. Die Regierung scheint über die weitere Entwicklung der Dinge noch keinen Beschluß gefaßt zu haben. Verschiedene Blätter fordern, daß Frankreich zum Versailler Vertrag zurückkehre und die Auslieferung der Kriegsschuldigen durchführe. „Rappell" schlägt deshalb vor, nochmals die Auslieferung des Kaisers als des Hauptschuldigen zu fordern. „Victoire" dagegen hat die Verurteilung des Kaisers bereits gestrichen und will auch die Aburteilung der anderen Kriegsbschuldigten beiseitestellen, um alle Kräfte für den Wiederaufbau und Abrüstung einsetzen zu können, sonst helfe man den deutschen Nationalisten und schwäche die Stellung des Kanzlers Wirth. Kein Pariser Blatt fordert die Verschärfung der Sanktionen.

Griechische Annäherungsversuche an Mustapha Kemal?

EE **Konstantinopel**, 9. Juli.

Die Tatsache, daß der Aufenthalt des griechischen Ministerpräsidenten Gunaris in Smyrna sich verlängert, scheint außerordentlich bezeichnend zu sein. Das offiziöse Blatt „Nea Himora" erklärt, daß die Anwesenheit des Ministerpräsidenten mit den Anstrengungen zusammenfalle, die die Griechen unternehmen, um sich über den Geist, der in der Umgebung Mustapha Kemals herrscht, zu unterrichten. Immer mehr Anzeichen sprechen dafür, daß die griechische Regierung die angekündigte Offensive immer wieder aufschiebt, um lediglich eine Annäherung an die Türken zu suchen.

Der Waffenstillstand für Irland.

EE **London**, 9. Juli.

Statt des Gottesfriedens im eigentlichen Sinne, der, wie man hoffte, nun in Irland eintreten sollte, wird ein militärischer Waffenstillstand abgeschlossen werden, dessen Bedingungen gestern im Rathause von Dublin unterzeichnet wurden. Diese Bestimmungen wurden von dem General Max Read, dem Kommandanten der Streitkräfte in Irland, mit den Mitgliedern der irischen Konferenz vereinbart. Das Waffenstillstandsprotokoll ist einerseits von General Mac Ready, andererseits von dem Generalissimus der republikanischen Armee, Michael Collins, unterzeichnet.

London, 9. Juli.

Reutermeldung.

Amtlich wird aus Dublin mitgeteilt, daß Devalera, der sich entschlossen hat, die Einladung Lloyd Georges zu einer in London stattfindenden Konferenz anzunehmen, seine Anhänger angewiesen hat, alle Angriffe auf Streitkräfte der Krone und Zivilpersonen sowie militärische Unternehmungen jeder Art einzustellen. In der Absicht, an der Schaffung einer Atmosphäre mitzuwirken, in der eine friedliche Auseinandersetzung möglich ist, hat die Regierung die Einstellung aller polizeilichen Streifzüge und Haussuchungen sowie weiterer Truppensendungen nach Irland angeordnet. Diese Anordnungen treten am 11. Juli in Kraft.

— **Beendigung der französischen Truppenübungen am Rhein.** Die großen mehrtägigen Pionier- und Truppenübungen, bei denen französische Genietruppen der Rheinarmee unter Zuhilfenahme einer größeren Anzahl schwerer Brückentrains Brücken über den Rhein bauten und den Uebergang übten, sind abgeschlossen. Die Truppen sind wieder in ihre Unterkunftsorte zurückgekehrt. **Der Verkehr auf dem Rhein ist wieder freigegeben.**

— **Schaffung einer Gruben-Sicherheitskommission.** Der Ausschuß für Handel und Gewerbe des preußischen Landtages sprach sich in Verfolg der Erörterung des Unglücks auf der Grube Mont Cenis für die Schaffung einer preußischen Gruben-Sicherheitskommission aus. Die Kommission soll bestehen aus Vertretern des Landtages, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Bergbehörden. Sie hat sich ständig zu befassen mit allen Fragen des Gruben-Sicherheitswesens, Anregungen entgegenzunehmen und weiter zu geben. Aus der Kommission heraus wird bergreviermäßig ein Ausschuß gebildet, der bei einem Unglück sich sofort zur Unglücksstelle begibt, um unter Hinzuziehung des Betriebsrates und der Grubenverwaltung Erkundigungen vorzunehmen. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Pinkerneil (D. Vp.), wonach die Bergrevierbeamten bei Befahrung der Gruben die Betriebsräte hinzuziehen müssen. Die Betriebsräte sind verpflichtet, den Bergrevierbeamten von drohenden Gefahren Mitteilung zu machen. Der Gesamt-Betriebsrat einer Grube hat das Recht, beim Bergrevierbeamten eine außerordentliche Revision zu beantragen.

Nachwort und Ausblick.

Von
Paul Steinborn.

Der Reichstag ist am Donnerstag in die Sommerferien gegangen und hat mit diesem Tage einen Sitzungsabschnitt beendet, der so voll von äußeren Unerfreulichkeiten und innerer Unergiebigkeit war wie keiner in seiner ganzen Geschichte. Nur in einer Hinsicht hatte er etwas erschreckend Positives: er zeigte mit jedem Tage mehr, bis zu welchem Grade allgemeiner Ziellosigkeit, bis zu welchem Grade blinder Parteileidenschaft die Verhältnisse bei uns gediehen sind. Das griechische „Alles fließt" bedeutet im letzten Grunde ein Bekenntnis zu ewiger Höherentwicklung, für uns gilt die Variante „Alles zerfließt" — und sie meint ebenfalls einen Dauerprozeß. Nur, daß es dabei leider nicht nach oben geht, nur daß es, schlimmer noch, bei mehreren Gelegenheiten heißen konnte: tiefer gehts nimmer!

Man war nach Pfingsten kaum zusammengekommen, da mußte schleunigst wieder vertagt werden, weil Gefahr bestand, daß unter dem rauhen Windstoß einer Abstimmung, die die Boshaftigkeit der Opposition oder gar nur irgend ein Zufall erzwang, das zarte Pflänzlein Koalition rettungslos zusammenknicken könnte. Es ist dann kein Gesetz verabschiedet, kein Gegenstand erörtert worden, bei dem die Parteipolitik niederster Observanz nicht Haltung und Taktik der Parteien bestimmt hätte. Der „Fall Mittelmann", der „Fall Jagow" haben aufs deutlichste gezeigt, in welche Regionen der politische Kampf sich in Deutschland bereits verirrt hat. Der letzte Beschluß über Fortdauer oder Aufhebung der Getreidebewirtschaftung war das Ergebnis eines Kuhhandels von geradezu vorbildlichem Zynismus. Alles rang mit gleicher Verve um die Palme, und es gab denn auch nur Sieger. Nie zuvor hat die Aussicht auf Neuwahlen so abgründig korrumpierend gewirkt, wie seit dem Tage der Unterzeichnung des Ultimatums, und — nie haben gleichzeitig alle Parteien so stark den unerbittlichen Zwang der Verhältnisse anerkannt, wie am letzten Mittwoch, als Dr. Wirth sein „Deckungsprogramm" entwickelte.

Für den, der tiefer zu sehen wußte, hatte der forcierte Optimismus des Kanzlers aus der Erkenntnis der aussichtslosen Gesamtlage heraus etwas Erschütterndes, aber nicht minder stark war auch der Eindruck der Rede Helfferichs, der seiner kämpferischen Natur sozusagen Gewalt antat und buchstäblich die Zähne zusammenbiß, um nicht auf die Zwischenrufe der äußersten Linken zu antworten und den Eindruck seiner Darstellung der finanziellen Lage zu beeinträchtigen. Er hatte denn auch, was dreist auch in anderen politischen Lagern anrkannt werden sollte, im Grunde nur in zwei Punkten Unrecht: erstens, daß Dr. Wirth und die Koalitionsparteien von der unwandelbaren Ueberzeugung getragen würden, das Ultimatum sei durchzuführen, und zweitens, es genüge der Entente, vor allem den Franzosen, zu sagen, hier werde etwas Unmögliches verlangt, also sollten sie tun, was sie nicht lassen können. Sie würden alles tun und nichts lassen, das steht fest. Aber es bleibt unser Verhängnis, daß nicht widerspruchslos festzustellen ist, ob wir mit unserem Entschluß das wirklich kleinere der beiden zur Wahl stehenden Uebel wählen oder nicht, und daß darum der Parteihader und die innere Zerrissenheit immer wachsen. Nur wenn es möglich wäre, z. B. die Entwickelung seit der Unterzeichnung nicht bloß in Argumenten und Worten, sondern tatsächlich mit der bei Ablehnung des Ultimatums eingetretenen Entwickelung zu vergleichen, wäre eine Klärung darüber zu fällen, was als das Bessere zu bezeichnen ist. So aber bleiben beide Richtungen unversöhnlich auf ihrem gegensätzlichen Standpunkt und die Feindschaft nimmt zu anstatt ab. Denn solcher Entscheidungen, die keine sind, kommen immer neue über uns. Der erste Streit entbrannte um die Kriegsziele, — wie lang ist das her, und wohin sind wir seitdem gekommen! — Der letzte entzündete sich eben jetzt um der Durchführung des Ultimatums, und es ist die berechtigste Frage der Welt: soll es auf diesem Wege wirklich keine Umkehr geben?

Gewiß, man kann kein 60 Millionenvolk ungestraft aus dem Weltwirtschaftsprozeß ausschalten, und es ist sicher, daß Deutschland den ihm zukommenden Platz in absehbarer Zeit wieder eingenommen haben wird. Ungewiß ist nur, durch welche Tiefen des Elends wir zuvor noch hindurch müssen. Man arbeitet am besten für die Zukunft, indem man so ernst wie möglich für den Tag schafft. Wie aber kann das geschehen?

Indem man nüchtern die Tatsachen ins Auge faßt. Tatsache ist, daß wir und Europa in Hungersnot und neuem Krieg untergehen, wenn wir der Entente nicht durch die Tat beweisen, daß das Ultimatum Wahnwitz und unerfüllbar ist. Tatsache ist, daß der überragende Führer nicht erscheinen will und daß wir mit herkömmlichen Mitteln ein nie dagewesenes Werk unternehmen müssen. Tatsache ist, daß die inneren Gegensätze an Schärfe zugenommen haben, aber daß sowohl die Deutschnationalen wie die Unabhängigen offener als in Weimars Tagen einen neuen Umsturz ablehnen (siehe die Besprechungen Wirths in Breslau). Tatsache ist aber auch, was der vorletzte und letzte Tag im Reichstag offenbar machten. Die Erörterung am Mittwoch im Anschluß an die Steuerrede Wirths zeigte, daß das Bürgertum — hie Rechtsparteien, hie Zentrum und Demokraten, — in Feindschaft auseinanderfällt. Am Donnerstag aber fanden sich Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige zum ersten Mal in öffentlicher Parlamentsverhandlung unter der Parole „Einheitsfront des Proletariats" zu gemeinsamer Abwehr gegen die Kommunisten zusammen. Hier liegen die beiden entscheidenden Probleme der nächsten Zukunft beschlossen.

Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Becker-Hessen hat sich die unterhaltsame Arbeit gemacht, die Sitzungsprotokolle der Nationalversammlung aus den Tagen der Erzbergerschen Finanzreform nachzulesen und festzustellen, daß die Reden, die wir in den Steuerkämpfen im Herbst und Winter zu erwarten haben, schon damals gehalten worden sind. Es fragt sich nur, ob nicht doch ein erheblicher Unterschied festzustellen sein wird. Der Ton, der die Musik macht, dürfte nicht mehr forte sondern forte fortissime erklingen, und was damals unternommen wurde, war ein Kinderspiel gegen das, was heute vor uns steht. Alles deutet klar daraufhin, daß die Mehrheitssozialdemokratie entschlossen ist, aus der Entwicklung alles für sich herauszuholen, was irgendwie herauszuholen ist. Sie wird den Wahlkampf vom Zaun brechen, wenn ihr der Moment dazu gekommen